

Schaumburger Nachrichten

Montag, 2. Mai 2022 | Nr.101 | 18. Woche | 1,90 € | www.sn-online.de



PARTNER IM REDAKTIONSNETZWERK DEUTSCHLAND #RND



KOLLISION BEI HILLE Tödlicher Unfall auf B 65

» LANDKREIS | 11



PFLANZENTAG Betörendes auf dem Rittergut

» STADTHAGEN | 7



VIER SCHWERVERLETZTE

Nienburger Großfamilien gehen aufeinander los

Mann soll mit Schreckschusswaffe gefeuert haben / Beamte aus Schaumburg im Einsatz » LANDKREIS | 11

FUSSBALL

B-Junioren-Partie nach Faustschlag abgebrochen

» RINTELN | 18

MATERIALKOSTEN

Grundschul-Umbau wird 200 000 Euro teurer

» NIENSTÄDT | 9

BÜNTEDÖRFER

Großprojekte in Waltringhausen

» NENNDORF | 10



HEUTE 17 / 4°
MORGEN 15 / 3°

» WETTER | 19

**sn-online.de
HEUTE IM NETZ**

Foto-Galerie:
Pflanzentage auf Rittergut Remeringhausen

Klicken Sie sich rein!
www.sn-online.de/Mehr/Bilder

LOTTO AM SAMSTAG

6 aus 49: 2-14-20-25-44-48
Superzahl: 1
Spiel 77: 8502879
Super 6: 162900
(ohne Gewähr)



Leser-Service 0800/1234021
- kostenfrei -
Anzeigen 0800/1234022
E-Mail sn@madsack.de



Bund macht Tempo beim Flüssiggas

Gesetz soll Terminal-Bau beschleunigen – Abstriche bei Umweltschutz denkbar

VON JOHANNA UCHTMANN UND LENNART STOCK

HANNOVER. Als Reaktion auf die durch den Ukraine-Krieg hervorgerufene Energiekrise will die Bundesregierung die Genehmigung von Importterminals für Flüssiggas mit einem neuen Gesetz beschleunigen. „Eine der wenigen Möglichkeiten Deutschlands, auf dem Weltmarkt kurzfristig zusätzliche Gasmengen zu beschaffen, ist der Einkauf verflüssigten Erdgases (LNG)“, heißt es in einem Papier zum geplanten Gesetz. Niedersachsen begrüßt die Aussicht auf zügigere Umsetzung – nicht nur von LNG-Projekten.

In Deutschland ist der Bau mehrerer solcher Anlagen vorgesehen. Konkret sind zunächst Wilhelmshaven und Brunsbüttel (Schleswig-Hol-

stein) als Standorte sowohl für die ortsfeste als auch für die schwimmende Variante genannt. „Ob die einzelnen Standorte dann realisiert werden, hängt von verschiedenen rechtlichen, fachlichen und wirtschaftlichen Faktoren ab“, heißt es. Im Gespräch sind außerdem auch Stade und Rostock.

Konkret sollen die Genehmigungsbehörden nun vorübergehend bestimmte Anforderungen, etwa bei der Umweltverträglichkeitsprüfung, unter speziellen Bedingungen aussetzen dürfen. LNG-Importterminals müssen an das Erdgasleitungsnetz angeschlossen werden – zum Teil ist es dafür nötig, Hafenanlagen umzubauen.

LNG ist Erdgas, das für den Schiffsverkehr verflüssigt wurde. Nach Ankunft an der

deutschen Küste muss es wieder in Gas verwandelt werden, um es anschließend durch Rohre zu den Verbrauchsstellen weiterleiten zu können.

Niedersachsens Energieminister Olaf Lies sieht in dem geplanten Beschleunigungsgesetz eine „sehr gute Grundlage“ für die Realisierung der Vorhaben. „Wir müssen jetzt zeigen, dass wir mit einer neuen Deutschlandgeschwindigkeit die energiepolitische Umklammerung durch Russland zügig lösen“, sagte der SPD-Politiker. Es brauche beschleunigte Verfahren, um auch bei der Energieversorgung eine Zeitenwende einzuleiten.

Lies betonte aber zugleich, dass ein Beschleunigungsgesetz nicht zu kurz greifen dürfe. Die schwimmenden Termi-

nals blieben eine Übergangslösung. „Wir müssen parallel mit der Infrastruktur für grünes Gas beginnen und daher auch die stationären Terminals mit der entsprechenden Infrastruktur mit den beschleunigten Verfahren umsetzen“, sagte Lies. Bei „grünem Gas“ denkt das Land vor allem an mit Ökostrom erzeugten Wasserstoff. Das Gesetz werde laut Lies auch den Maßstab setzen für Beschleunigungsgesetze, etwa beim Ausbau der Windenergie an Land und auf See.

Deutschland will sich von russischem Erdgas unabhängiger machen. Der von Russland initiierte Gaslieferstopp für Polen und Bulgarien hat auch hierzulande Befürchtungen vor einem solchen plötzlichen Schritt weiter geschürt. In Berlin ist von einer „Ausnahmesituation“ die Rede.

Evakuierung in Mariupol gestartet

MARIUPOL. In der ukrainischen Hafenstadt Mariupol hat eine internationale Evakuierungsaktion zur Rettung von Zivilisten aus dem von russischen Truppen belagerten Stahlwerk begonnen. Beteiligt seien die Vereinten Nationen und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), wie ein IKRK-Sprecher bestätigte. In einem Konvoi aus mehreren Bussen wurden nach ersten Angaben bereits mehrere Dutzend Zivilisten aus dem Stahlwerk Asovstal gebracht.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj sprach gestern „von etwa 100 Menschen“, die evakuiert worden seien. Das russische Verteidigungsministerium teilte mit, es seien etwa 80 Menschen in das Dorf Besimenne zwischen Mariupol und der russischen Grenze gebracht und dort versorgt worden. Diejenigen, die ins von ukrainischen Truppen kontrollierte Gebiet wollten, seien Vertretern von UN und IKRK übergeben worden.

Keine Testpflicht mehr in Schulen und Kitas

Niedersachsens Grüne halten Wegfall der Maßnahme für verfrüht – FDP: „Rückkehr zur Normalität“

VON MARC NIEDZOLKA

HANNOVER. Das Ende der verpflichtenden Corona-Tests an niedersächsischen Schulen und Kitas stößt bei den Grünen im Landtag auf Kritik. Angesichts aktuell wieder steigender Inzidenzen halte sie es für verfrüht, das Testen in Kitas und Schulen jetzt vollständig einzustellen, sagte die Grünen-Fraktionsvorsitzende Julia Willie Hamburg am Wochenende auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur. „Zumindest in Einrichtungen mit hohem Infektionsgeschehen sollte weiterhin verpflichtend getestet werden.“ Die Testpflicht in Schulen und

Kitas sei in den vergangenen Monaten ein wichtiges Instrument gewesen, um erneute Corona-bedingte Schließungen zu vermeiden.

Laut dem Kultusministerium gibt es von heute an für den Schul- und Kita-Besuch in Niedersachsen keine Testpflicht mehr. Wer sich freiwillig testen möchte, bekommt dafür im Mai aber drei Testkits pro Woche zur Verfügung gestellt. Das gilt für alle Schülerinnen und Schüler sowie für Kita-Kinder ab drei Jahren. Diese Änderungen hatte das Ministerium bereits angekündigt. Die Maskenpflicht war schon zuvor ausgelaufen. Als zusätzlichen Schutz



Masken und Testen in den Schulen gehören der Vergangenheit an.

FOTO: MARCEL KUSCH/DPA

nach den Osterferien hatte Niedersachsen zunächst für eine Woche eine tägliche Test-

pfligt für alle Schüler und Schülerinnen verhängt. Für den Kita-Besuch waren Tests

für Kinder im Alter ab drei Jahren seit Mitte Februar dreimal wöchentlich notwendig.

Die FDP begrüßt den Wegfall der Corona-Testpflicht. Der bildungspolitische Sprecher der Fraktion, Björn Försterling, sagte: „Das ist die Rückkehr zur Normalität, auch an den Schulen in Niedersachsen. Die Tests haben gezeigt, dass es nach den Ferien keinen Anstieg und keine neuen Varianten gibt, daher ist der Entfall der Testpflicht richtig.“

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) appellierte, dass Schüler sowie Schulbeschäftigte das freiwillige Testangebot wahrnehmen sollten.